



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



Öffentliches Protokoll zur 25. StuRa-Sitzung der Amtszeit 2024/25

26. August 2025 | 18:15 - 21:55 | SR 114 | Carl-Zeiss-Straße 3

anwesende MdStuRa: Katharina Gabriel (bis 21:13 Uhr), Marcus Hansen, Bennet Hartung (bis 21:13 Uhr), Levke Jansen, Anne Kaufmann, Willi Kröning, Niklas Menge, Leonard Schönfeld, Nele Wagner, Paul Weiß, Klara Wilde

entschuldigte MdStuRa: Chiara Daskiewitsch, Felix Henkel

unentschuldigte MdStuRa: Chantalle Arsand, Marlène Beck, Monique Becker, Stefan Huber, Sander König, Josephine Schlosser, Ernst Albert Weiß

ruhende MdStuRa: Liv Ahlborn, Luis Ballandt, Dominik Brecher, Anna Bundt, Sophie Büttner, Sophia Eckstein, Felix Graf, Lucas Lessenich, Benno Nolkemper, Linda Raschke, Raphael Schnellbacher, Sophie-Marie Schröder, Alina Sellien, Ganymed Stark, Karla Fiona Thomas

anwesende bMdStuRa: keine

Gäste: Jil Dierks (bis 19:16 Uhr)

Sitzungsleitung: Klara Wilde

Protokoll: Marcus Hansen

Vorstand: Marcus Hansen, Paul Weiß, Klara Wilde

ALT TOP 01 | NEU TOP 01 | Berichte

Marcus berichtet für Helen aus dem StuBei

- Die letzte Beiratssitzung hat am 25. August also am Montag stattgefunden. Themen waren in diesem Fall eine Umfrage, die von Scania (Vorsitz StuBei) bei Studierenden der FSU und EAH durchgeführt wurde zum Thema „Bleiben und Leben in Jena“ also welche Dinge Jena attraktiv macht, welche Dinge in Jena verbesserungswürdig sind und welche Perspektiven man dieser Stadt (Job...) hat.
- **zur Umfrage:**
 - Die Umfrage ist noch nicht fertig ausgewertet. Wenn das passiert werden wir euch die Auswertung zur Verfügung stellen. Die Auswertung bzgl. der Nutzung des Kulturtickets werden wir insbesondere auch noch mal an das Kulturreferat weitergeben. Die Auswertung bzgl. Jena Nahverkehr werden wir in die Gespräche bezüglich des Semestertickets mitnehmen.
- **zur Verkehrsberuhigung vor dem Inselplatz:**
 - Der nächste TOP war die Verkehrsberuhigung vor dem Insel Platz, also an der ehemaligen Osttangente. Die Beantwortung auf die Frage nach dem Planungsstand welche wir an die Stadt gestellt haben, war bisher noch nicht sonderlich aussagekräftig. Wir werden allerdings erneut nachhaken, weil dies in den kommenden Jahren für immer mehr Studierende relevant wird, die dann am Insel-Platz studieren.
- **Straßenbahn nach Lobeda:**
 - Darüber hinaus noch einmal die Information, dass ab Mitte Oktober die Straßenbahn nach Lobeda gesperrt ist, weil dort gebaut wird, damit der Straßenbahnsystem verbessert werden kann. Ziel ist, dass es später Straßenbahnen gibt, die in Kreisen von Jena Nord bis nach Lobeda Ost bzw West fahren und dann über Lobeda West/Ost zurück. In Lobeda werden noch Straßenbahnen fahren und auch ab Sparkassenarena, es wird das Zwischenstück gebaut, was mit Schienenersatzverkehr bis vermutlich Mitte oder Ende November abgedeckt wird.
- Zu guter letzt, würden wir uns freuen, wenn der StuRa Vorstand noch einmal unter vielleicht allen Studierenden neue Mitglieder für den StuBei wirbt.
- **Levke** fragt nach, wann diese Umfrage an alle Studierenden ging.
- **Anne** erklärt, dass das noch zu der Zeit von ihr als Vorstand war.

Anne berichtet vom Wahlvorstand

- Auf der letzten Sitzung des Wahlvorstandes am 20. August 2025 wurden Rücktritte für den StuRa festgestellt.

Marcus berichtet aus dem Vorstand

- Wir werden demnächst die Stellen der **Finanzen** wieder neu ausschreiben. Bewerbt euch also gerne (wieder).
- Es gibt eine neue **Vereinbarung zum Internationalen Centrum im "Haus auf der Mauer"**. Diese ist noch nicht unterzeichnet euch aber bereits geschickt worden.
- Für das **Akrützel** wurde uns eine Auftragsbestätigung zugesendet, kein Vertrag. Die Frage ist, ob wir genau einen Vertrag brauchen oder uns das Angebot reicht. Wir werden uns an den Druckdienst wenden und um einen Vertrag bitten.
- Levke Jansen absolviert aktuell ein mehrwöchiges **Pflichtpraktikum im StuRa**. Dieses ist aufgeteilt zwischen dem Haus auf der Mauer, der Geschäftsleitung, dem Öffentlichkeitsreferat und den Finanzen. Sollte das Praktikum erfolgreich verlaufen, könnten wir in Zukunft regelmäßiger Praktikumsstellen anbieten.
- Das **Campus Radio** wird am 01.09.2025 (also kommenden Montag) umziehen und braucht noch Helfer*innen dafür.
- Der **Bundesverband der Studierendenvertretungen** (fzs) hat auf seiner 76. Mitgliederversammlung einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit extrem rechten Parteien beschlossen und in diesem Zug auch die Prüfung eines AfD Verbots durch das Bundesverfassungsgerichts gefordert. Den ausführlichen Beschlusstext und die Forderungen schicken wir euch bei Bedarf gerne.

Nele berichtet von ihrer bestandenen Bachelorarbeit

- Sie hat ihre Bachelorarbeit sehr gut bestanden.

Willi berichtet

- Er hat eine neue Protokollvorlage erstellt.
- Diese könnt ihr hier bewundern.

Klara berichtet aus dem Vorstand

- Die Auswertung der MeinJena Rückmeldungen läuft aktuell noch. Es lassen sich jedoch schon Trends erkennen. Insgesamt haben wir über 200 Antworten bekommen.

ALT TOP 02 | NEU TOP 02 | Feststellung der Beschlussfähigkeit und Diskussion & Beschluss der Tagesordnung

Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Von **35** gewählten MdStuRa haben **15** MdStuRa ein ruhendes Mandat. Somit gibt es **20** stimmberechtigte MdStuRa.
- Die Beschlussfähigkeit ist gegeben ab **11** anwesenden stimmberechtigten MdStuRa. Eine Zweidrittelmehrheit ist gegeben ab **14** Ja-Stimmen der anwesenden stimmberechtigten MdStuRa.
- Es sind **11** stimmberechtigten MdStuRa anwesend, das Gremium ist also **beschlussfähig**.

vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Berichte

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Diskussion & Beschluss der Tagesordnung

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Ausschreibung Technik (Vorstand)

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Jahresabschluss 2024_25 (Finanzen)

TOP 5 Diskussion und Beschluss: Stellungnahme „Rahmen-PO und Gremiensemester“ (Willi Kröning)

TOP 6 Diskussion und Beschluss: Stellungnahme „Studiengangreviews und der Studentische Akkreditierungspool“ (Willi Kröning)

TOP 7 1. Lesung: Geschäftsordnungsänderung „Referatszusammenlegung“ (Referat für Inneres, Referat für Gleichstellung, Referat für Menschenrechte und Antidiskriminierung)

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Vergleichsvereinbarung WiWi-Logo (Vorstand)

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Vergleichs- und Nutzungsrechtseinräumungsvereinbarung (Vorstand)

TOP 10 Sonstiges

Diskussion

- Auf der Vorstandssitzung wurde die Dringlichkeit eines TOPs zu "Pharmazie in Jena" festgestellt.
- **Marcus** würde gerne die TOPs 08 und 09 auf 03 und 04 legen.
- **Willi** stellt einen Dringlichkeitsantrag für einen Nachtragshaushalt.
- **Levke** fragt nach, ob das gehen würde, weil ja die Antragsfrist für Haushalt 10 Tage sein sollte.
- **Niklas und Anne** schauen als Innenreferat nach, ob die Dringlichkeit eines Nachtragshaushalts möglich ist.
- **Willi** würde, falls das möglich ist, diesen hinter den Jahresabschluss packen.

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena stellt die Dringlichkeit des TOPs Nachtragshaushalt fest.

Abstimmung: 9 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung angenommen

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena beschließt die untenstehende Tagesordnung.

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung angenommen

beschlossene Tagesordnung

TOP 1 Berichte

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Vergleichsvereinbarung WiWi-Logo (Vorstand)

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Vergleichs- und Nutzungsrechtseinräumungsvereinbarung (Vorstand)

TOP 5 Diskussion und Beschluss: Ausschreibung Technik (Vorstand)

TOP 6 Diskussion und Beschluss: Jahresabschluss 2024_25 (Finanzen)

TOP 7 1. Lesung: Nachtragshaushalt 2025_26 (Finanzen)

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Stellungnahme „Rahmen-PO und Gremiensemester“ (Willi Kröning)

TOP 9 Diskussion und Beschluss: Stellungnahme „Studiengangreviews und der Studentische Akkreditierungspool“ (Willi Kröning)

TOP 10 1. Lesung: Geschäftsordnungsänderung „Referatzusammenlegung“ (Referat für Inneres, Referat für Gleichstellung, Referat für Menschenrechte und Antidiskriminierung)

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Pharmazie in Jena (Vorstand)

TOP 12 Sonstiges

ALT TOP 08 | NEU TOP 03 | Diskussion & Beschluss: Vergleichsvereinbarung WiWi-Logo (Vorstand)

Antragstext

Liebe MdSuRa,

wie einigen von euch noch bekannt ist, befindet sich die Studierendenschaft seit einiger Zeit mit der Frieta GbR in einem Rechtsstreit u.A. über die Verwendung der Bezeichnung „Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften“. Diesbezüglich wurde durch unseren und den Anwalt von Frieta GbR ein entsprechender Einigungsvorschlag entworfen, welchen wir zur Abstimmung geben wollen. Stand jetzt fehlt uns noch die u.A. in Punkt 2.4 erwähnte Anlage 1, so wie eine Übersicht über die Anwaltskosten, welche im Rahmen eines solchen Vergleiches entstehen würden. Sollten uns diese noch vor der Sitzung erreichen, werden wir diese nachreichen, ansonsten empfehlen wir eine Vertagung des TOPs.

Diskussion

- **Paul** stellt den Antrag vor.
- **Niklas** stellt Rückfragen zu den Fristen.
- **Paul** versteht Niklas Bedenken.
- **Niklas** erklärt, dass 2.2. so klingt, dass nur wenn Logo und Name verwendet werden, es nicht gestattet wird.
- **Paul** versteht Niklas Bedenken und schlägt vor, den TOP zur Klärung zu vertagen.

GO-Antrag von Paul Weiß: Vertagung

keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

ALT TOP 09 | NEU TOP 04 | Diskussion & Beschluss: Vergleichs- und Nutzungsrechteeinräumungsvereinbarung (Vorstand)

Antragstext

Liebe MdSuRa,

Stand jetzt befinden sich die Logorechte des Fachschaftsrates Wirtschaftswissenschaften im Besitz von Florian Rappen. Für die Handlungssicherheit der Studierendenschaft ist es jedoch sinnvoll, wenn sich diese im Besitz der Studierendenschaft befinden. Im Zusammenhang mit der ausgearbeiteten Vergleichsvereinbarung, hat sich Herr Rappen daher dazu bereit erklärt, seine entsprechenden Logorechte, für eine Zahlung von 400€, an die Studierendenschaft abzugeben. In der folgenden Anlage findet ihr den von unserem und Herrn Rappens Anwalt ausgearbeiteten Nutzungsrechtevertrag.

Diskussion

- **Paul** stellt den Antrag vor.
- **Bennet** stellt Rückfragen zum Preis, da 400€ als recht hoch anzusehen sind.
- **Paul** erklärt, dass der Preis im Gespräch zwischen uns und unseren Anwälten entstanden ist. Der Preis muss auch mit unserem Aufwand, alternativ ein neues Logo zu finden, in Verbindung gebracht werden.
- **Willi** erklärt, dass das Logo mit dem FSR in Verbindung steht.
- **Nele** fragt nach, ob jemand mit dem FSR WiWi über das Logo gesprochen hat.
- **Jil** erklärt, der FSR würde gerne das Logo weiter benutzen.
- **Bennet** ist der Überzeugung, dass der FSR das Logo nutzen soll, wenn wir die Rechte am Logo besitzen und fragt bei Jil nach, wie viel Material o.Ä. der FSR WiWi mit diesem Design besitzt.
- **Jil** erklärt, dass der FSR sehr viel Material und Einiges mehr mit diesem Logo besitzt.
- **Nele** erklärt, dass der FSR entscheiden sollte, ob sie die 400€ bezahlen wollen.
- **Paul** erklärt, dass das nicht allzu dringlich sei und wir es deswegen vertagen können, bis mit dem FSR gesprochen wurde.
- **Nele** schlägt vor, dass wir zum FSR WiWi gehen und sie fragen, ob sie es haben wollen und falls ja, dass sie eine Mittelfreigabe stellen.
- **Willi** erklärt, dass er der Überzeugung ist, dass wir das heute dennoch annehmen können.
- **Jil** erklärt, dass die Anwaltskosten immer noch im Raum stehen.
- **Levke** erklärt, dass der FSR immer noch gefragt werden muss.

GO-Antrag von Willi Kröning: Vertagung

Gegenrede von Paul Weiß: Anwaltskosten sollten besprochen werden.

Abstimmung: 6 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

angenommen

ALT TOP 03 | NEU TOP 05 | Diskussion & Wahl: Ausschreibung Technik (Vorstand)

Antragstext

Hallo ihr Lieben,

zum 31.12.2025 läuft der Arbeitsvertrag unserer großen Technikstelle aus. Um die Probleme der letzten Suche zu umgehen, würden wir gerne früh anfangen auszuschreiben.

Liebe Grüße,

der Vorstand

Diskussion

- **Klara** stellt den Antrag vor.
- **Anne** fragt nach, warum die Laufzeit nur bis 31.10.2026 angesetzt ist.
- **Marcus** erklärt, dass alle anderen Verträge von uns normalerweise zu diesem Zeitpunkt enden.
- **Anne** merkt an, dass wir auf mögliche Entfristungen achten und mit unserer Buchhaltung sprechen sollten.

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena beschließt eine Stelle für die Haupt-Systemadministration in Teilzeit (10h/Woche) für den Zeitraum ab 01.01.2026 befristet bis zum 31.10.2026 auszuschreiben.

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

angenommen

ALT TOP 04 | NEU TOP 06 | Diskussion & Beschluss: Jahresabschluss 2024_25 (Finanzen)

Antragstext

Hallo ihr Lieben,

wir haben den Jahresabschluss vom letzten Haushaltsjahr endlich fertig bekommen und würden den gerne beschließen, um ihn an den Präsidenten zu schicken.

Diskussion

- **Willi** bringt den Antrag ein.
- **Niklas** stellt fest, dass wir mindestens noch 2 Jahre bräuchten, um unsere Rücklagen abbauen und stellt Fragen zu den sonstigen Einnahmen und sonstigen Ausgaben.
- **Willi** erklärt, 15 ct Fehler sind vollkommen im Rahmen. Da der Ist-Kassenstand 15 ct höher ist, als der Soll-Kassenstand, wurden die Einnahmen um 15 ct angepasst.
- **Niklas** sagt, der Fehler sollte aufgezeigt und innerhalb des Jahresabschluss nur was in der Buchführung belegt werden kann, abgebildet werden.
- **Nele** erklärt, dass das in den Einnahmen erwähnt werden kann, solange dieser Fehler deklariert ist.
- **Willi** wollte es nur ästhetisch machen und die Rechtsaufsicht, wird erklären, was wir am Ende machen dürfen.
- **Nele** empfindet dies als redaktionellen Änderung. Ein Änderungsantrag ist jedoch möglich.
- **Niklas** wundert sich, warum das Akrützel weniger Werbeeinnahmen als geplant, aber mehr sonstige Einnahmen als geplant hat.
- **Willi** erklärt, dass das Akrützel jedes Jahr nur wenige Anzeigenaufträge bekommen hat. Die 2000 € kommen von einem Preisgeld, die 600 € kamen von einem Bierpongturnier.
- **Levke** erklärt, dass mit dem Akrützel besprochen wurde, dass die Auflagen verringert worden sind und besprochen wurde, dass mehr Werbung geschaltet werden müsse.
- **Marcus** erklärt, dass der Vorstand noch einmal beim Akrützel nachfragen wird.
- **Niklas** fragt nach, warum wir so viel Einnahmen bei Administration haben.
- **Willi** erklärt, dass das Steuererstattungen und Erstattungen durch Krankheit unserer Mitarbeitenden sind.
- **Niklas** fragt nach, warum beim Campusradio so viel überzogen wurde.
- **Willi** erklärt, dass sich dort leider verkalkuliert wurde.

Änderungsantrag von **Nele Wagner**: streiche die 0,15 € aus E.12.01 Sonstiges (Ausgleich und Fehlbetrag) und füge sie am Ende des Jahresabschluss bei der Aufschlüsselung aus Einnahmen und Ausgaben als Extra am Ende der Seite ein und deklariere explizit dies als Fehlbetrag.

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

angenommen

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena beschließt den vorliegenden Jahresabschluss 2024/25.

Abstimmung: 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

angenommen

ALT TOP – | NEU TOP 07 | 1. Lesung: Nachtragshaushalt 2025_26 (Finanzen)

Antragstext

Hallo ihr Lieben,

durch die neue Vereinbarung zum Internationalen Centrum im „Haus auf der Mauer“ werden wir ab voraussichtlich 01.10.2025 durch die Abgabe der KoKos Stelle sehr viel Geld sparen. Deshalb wurde dringlich ein Nachtragshaushalt erstellt über den wir gerne diskutieren können.

Diskussion

- **Willi** bringt den Antrag ein.
- **Niklas** fragt nach, warum wir nicht jetzt mit den aktuellen Haushaltsplänen der FSRe arbeiten.
- **Willi** erklärt, dass die FSRe die Veranstaltungen oft nicht soweit im vornherein planen und es deswegen sinnvoller ist, mit einem Durchschnittswert zu arbeiten.
- **Anne** fragt, ob die Posten nicht für drei Jahre auf 0€ sein müssen, damit wir sie killen dürfen.
- **Willi** erklärt, dass er das nicht in der ThürStudFVO gefunden hat. Sollte das eine Vorgabe der Innenrevision sein, sind wir offen, dies erklärt zu bekommen.
- Es wird über mögliche Punkte diskutiert, um eine Verkürzung des Haushaltplanes zu erreichen.
- Es wird über die Höhe einzelner Posten diskutiert.

GO-Antrag von Willi Kröning: Beendigung der 1. Lesung

keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

ALT TOP 05 | NEU TOP 08 | Diskussion & Beschluss: Stellungnahme „Rahmen-PO und Gremiensemester“ (Willi Kröning)

Antragstext

Liebe MdStuRa,

vielleicht ist einigen von euch schon eine gewisse Änderung zu Maximalstudiendauern, die mit den Rahmenprüfungsordnungen für Bachelor und Master kommen soll, begegnet. Bei der Bachelor-RahmenPO ist der mir zugetragene Stand vom Mai bei § 17 Absatz 1 „Prüfungstermine und Prüfungsfristen“ wie folgt:

„Die im jeweiligen Studiengang abzulegenden Modulprüfungen sowie die Bachelorarbeit sind innerhalb der Regelstudienzeit abzulegen. Die Bachelorprüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die zum Erreichen des Studienabschlusses erforderlichen Prüfungen nicht bis zum Ende des 4. Fachsemesters nach Ablauf der Regelstudienzeit erfolgreich abgelegt wurden. Über das endgültige Nichtbestehen und den Verlust des Prüfungsanspruchs im Studiengang ergeht ein Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. Die vorstehenden Sätze gelten dann nicht, wenn die Studierenden das Fristversäumnis nicht zu vertreten haben. Ein Antrag auf Fristverlängerung ist rechtzeitig vor Fristende von den Studierenden unter Angabe und Glaubhaftmachung triftiger Gründe beim Prüfungsausschuss zu stellen. Studierende sind rechtzeitig vorab auf die allgemeinen Rechtsfolgen gemäß Satz 2 und 3 hinzuweisen.“

Für den Master soll es das 3. Fachsemesters nach Ablauf der Regelstudienzeit werden. Das bedeutet, wenn ich es richtig interpretiere, dass man nicht mehr irgendwann Langzeitstudiengebühren zahlen muss, sondern einfach exmatrikuliert wird, nachdem man das 10. Bachelor- oder 7. Master-Semester abgeschlossen hat, ohne den jeweiligen Abschluss erreicht zu haben.

Ich sehe dies als eine der problematischsten „Sparmaßnahmen“ an, die die Uni umsetzen kann. Warum „Sparmaßnahme“? Weil die Uni mehr Geld vom Land bekommt, je höher die Abschlussquoten in Musterstudienzeit sind. Innerhalb meiner Fakultät gibt es bereits große Sorgen, welche Auswirkungen diese Regelung insbesondere auf unsere internationalen Masterstudierenden haben wird.

In der bisherigen Regelung muss man ab einer gewissen Semesterzahl Langzeitstudiengebühren zahlen. Dies lässt sich über Gremiensemester um maximal ein Jahr hinauszögern. Ich möchte diese Regelung in der bestmöglichen Weise beibehalten und verstetigen.

Ich möchte mit euch also eine Stellungnahme verfassen, die in die Richtung „gegen eine Maximalstudiendauer - für mehr Wertschätzung von Ehrenamt“ gehen soll. Die Adressaten können wir ebenfalls auf der Sitzung bestimmen.

GaLieGrü

Willi

Diskussion

- **Willi** stellt den Antrag vor.
- **Paul** hat kurz vor der Sitzung einen ausführlichen Änderungsantrag gestellt.

Änderungsantrag von **Paul Weiß**: Ersetze die Stellungnahme durch die überarbeitete Version im *Anhang*.

zurückgezogen

- **Anne** bringt ein, dass das Einreichen eines solch komplexen Änderungsantrags um 18:10 Uhr recht schwierig ist.
- **Niklas** möchte inhaltlich arbeiten, daher wird er sich auf Willi's Antrag beziehen.
- **Paul** stimmt Anne zu.
- **Niklas** erklärt, dass er unsere Sicht des Paragraphen der RahmenPO zu Beginn ansprechen würde. Der Punkt, dass Studierende ihre Eltern finanzieren, ist doch recht schwierig und untergräbt unseren Punkt.
- **Marcus** stellt fest, unter Umständen geht es oft auch um ausländische Studierende, die ihre Eltern unterstützen.
- Es wird über die Unterschiede zwischen Pauls Änderungsantrag und der aktuellen Stellungnahme diskutiert.

Anne verlässt die Sitzung um 20:45.

- Es wird diskutiert, wie wir mit der Stellungnahme umgehen.
- **Nele** erklärt, dass sie einen schärferen Ton gut findet, da unsere Punkte bereits im vornherein nicht richtig wahrgenommen wurden.

GO-Antrag von **Marcus Hansen**: Begrenzung der Redezeit auf 2 Minuten

Gegenrede von **Nele**: Es gab keine Redebeiträge die länger als 2 Minuten waren. Ein zusätzlicher Timer verlängert die Debatte nur weiter.

Abstimmung: - Ja / - Nein / - Enthaltung

zurückgezogen

- **Paul** möchte, dass wir aufnehmen, dass wir das mehrmals bereits angesprochen haben.

Paul zieht seinen Änderungsantrag zurück.

- **Niklas** möchte, dass Beispiele zu den Verlängerungen der Semesterzeit involviert werden.
- **Paul** denkt, dass eine Maximalstudienzeit an sich nicht kommen sollte und nicht nur mögliche Beispiele involviert werden sollten.

- **Niklas** betont, dass er gegen diese Maximaldauer ist und nur die Willkür verhindern möchte, sollte sie doch eingeführt werden.
- **Paul** findet, dass diese Höchstdauer keinen Mehrwert für die Uni habe und versteht ihre Einführung deshalb nicht.
- **Nele** möchte, dass wir die Stellungnahme jetzt fertig schreiben.

GO-Antrag von Levke Jansen: Unterbrechung des TOPs, weitermachen mit dem nächsten TOP.
keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

Rückkehr zu Neu TOP 08 um 21:43 Uhr auf *Seite 23*.

Anhang – Stellungnahme von Paul Weiß

Sehr geehrte Frau Weichold, sehr geehrte Mitglieder des Studiausschusses, als Studierendenschaft sehen wir die Einführung einer starren Maximalstudiendauer so wie die neuen Regelungen in der Rahmenprüfungsordnung sehr kritisch, wenn es darum geht ein erfolgreiches und ebenswertes Studieren an der FSU zu ermöglichen. Die Rahmenprüfungsordnung schränkt die Möglichkeiten von Studierenden mit chronischer Erkrankung und/oder Behinderung, mit Care-Arbeit von Angehörigen, in finanziell prekärer Situation, in Arbeit und/oder Ehrenamt, sowie mit Aufholbedarf an Sprachkenntnissen, werden durch das Einführen einer Maximalstudiendauer erheblich in ihrem Studium benachteiligt. Hin zu kommt, dass einige Studiengänge, wie beispielsweise die Psychologie, ihren Studierenden nicht einmal die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums einräumen. Durch das Kompromisslose beharren auf einer Maximalstudiendauer beraubt sich die FSU nicht nur die Chance sich als eine für Studierende ansprechende Universität zu etablieren, welche Rücksicht auf die vielfältigen Bedürfnisse ihrer Studierenden nimmt. Stattdessen wirft das Beharren auf einer Maximalstudiendauer ein schlechtes Licht auf die FSU und setzt den Trend, welcher sich bereits jetzt in dem kontinuierlichen Rückgang der Studierendenzahlen zeigt, einer Universität fort, welche kaum Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Studierenden nimmt. Es scheint so, als ob in der Frage der Studiendauer kaum bis keine Stimmen berücksichtigt wurden, welche sich für um Inklusion, Integration, Nachteilsausgleiche und Chancengleichheit an der Universität einsetzen. Schon allein aus Gründen wie Klinikaufenthalte, regelmäßige Behandlungen, familiäre Krankheitsfälle etc., welche sich selbst für einen „regulären“ Studieren kaum bis gar nicht beeinflussen lassen, erscheint uns eine Maximalstudiendauer als eine unnötige Mehrbelastung der Studierenden und können im Extremfall zu einem Abbruch eines bis dahin problemlosen Studiums führen.

Diese Problematik hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Sinkende Attraktivität der FSU für angehende Studierende. Sie wirkt sich auch auf die entsprechenden Berufsfelder aus. Wenn Studierende aufgrund chronischer Erkrankungen, Care-Verpflichtungen oder finanzieller Zwänge ihr Studium abbrechen müssen oder sich gar nicht erst trauen, eines zu beginnen, fehlen später ihre Perspektiven, beispielsweise in der Medizin oder Psychologie. Damit gehen wichtige Stimmen verloren, die aus eigener Betroffenheit wertvolle Erfahrungen in die Gesellschaft (z. B. in der Gesundheitsversorgung) einbringen könnten. Dies betrifft nicht nur die Gesundheitsberufe, sondern ebenso das Lehramt, die Sozial- und Kulturwissenschaften sowie die Naturwissenschaften. Denn

gerade in einer Zeit, in der Vielfalt und unterschiedliche Lebenserfahrungen für die Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme unverzichtbar sind, ist es fatal, Studierende durch starre Regularien systematisch auszuschließen. Auch internationale Studierende sind von einer starren Maximalstudiendauer in besonderem Maße betroffen. Damit nimmt sich die FSU auch hier die Chance Angebote für einen akademischen Nachwuchs zu schaffen, welcher die bestehenden Probleme und Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht nur aus Büchern und Statistiken, sondern aus eigener Erfahrung kennt.

Eine Maximalstudiendauer schränkt auch die internationale Studierende in besonderem Maße ein. Neben sprachlichen Herausforderungen und der oft schwierigen Orientierung in einem neuen Hochschulsystem kommt hinzu, dass sie aufgrund von Aufenthaltsrecht und Arbeitsbeschränkungen in ihrer zeitlichen und finanziellen Flexibilität stark eingeschränkt sind. Eine Verlängerung des Studiums ist für Viele daher rechtlich kaum möglich, sodass die Einführung einer Maximalstudiendauer eine faktische Hürde für internationale Studierende darstellen würde. Statt die Internationalisierung der Universität zu fördern, würde diese Regelung potenziell zu einem Rückgang der Attraktivität der Universität Jena für Studierende aus dem Ausland führen.

Der erhöhte zeitliche Abschlussdruck für Studierende ist auch Gift für ein breites und vielseitiges studentisches Engagement. Zwar wird von Seiten der Universität wie Präsident Marx mehr Konsistenz in universitären und studentischen Gremien gefordert, doch gleichzeitig lassen sich Gremiensemester nicht vollständig anrechnen. Dadurch wird Beteiligung in studentischen Gremien systematisch abgetötet. Übrig bleiben vor allem Personen, die es sich finanziell leisten können, sich unabhängig von BAföG oder Erwerbstätigkeit in einflussreichen aber arbeitsintensiveren Positionen zu halten. Dies ist bereits jetzt aufgrund der Förderhöchstdauer beim BAföG ein Problem und wird sich durch die neue RahmenPO noch weiter verschärfen. Hinzu kommt ein umfassendes studentisches Engagement in ganz Jena, welches sich nicht durch Gremienbestätigungen auffangen lassen. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass es Möglichkeiten geben wird die Maximalstudiendauer auf Basis eines begründeten Antrags in Einzelfällen zu verlängern. Wir sehen darin jedoch nicht nur keine Entkräftung unserer bisherigen Argumente, sondern auch einen unnötigen Aufbau von Bürokratie, welcher sich durch das einfache Weglassen der Maximalstudiendauer vermeiden ließe. Stattdessen wird an einem Konzept festgehalten, welches noch weiter zu einer Zugangsbeschränkung zu akademischen Abschlüssen für nicht privilegierte Studierende beiträgt, die FSU in einem erheblichen Maße unattraktiver für neue Studierende macht und gleichzeitig keinen für uns ersichtlichen Mehrwert für die FSU bietet.

Stattdessen setzt ein erhöhter Druck auf ohnehin bereits sozial benachteiligte Studierende die gesellschaftlich bereits erhebliche soziale Spaltung der Gesellschaft an der Universität fort und öffnet so das Tor für rechtspopulistische Narrative.

An erster Stelle fordern wir daher das vollständige Verzicht auf eine Maximalstudiendauer, nicht nur um die Attraktivität der Uni für neu Studierende zu erhöhen und damit der zurückgehenden Studierendenzahlen an der FSU entgegen zu wirken, bürokratische Strukturen (z.B. durch eine geringere Antragslast) an der Uni abzubauen, sondern auch um einer sozialen Spaltung an der Universität zuvor zu kommen, welche in ihrer endgültigen Konsequenz nur zu einer steigenden Privilegierung und damit einer Entfremdung von Akademischen Inhalten vom Rest der Gesellschaft führen wird. Das dies Wasser auf die Mühlen von rechtspopulistischen und autoritären Strömungen

ist, lässt sich bereits jetzt an den US-Amerikanischen Verhältnissen beobachten.

Des weiteren fordern wir, als Studierendenschaft eine vollständige Einsicht in den bisherigen Erarbeitungsstand der RahmenPO so wie eine Grundlage, auf welcher wir Verbesserungsvorschläge in einem konstruktiven Rahmen einbringen können, um die Sichtweisen und Interessen der Studierenden der FSU in einem angemessenen Maße vertreten zu können.

ALT TOP 06 | NEU TOP 09 | Diskussion & Beschluss: Stellungnahme „Studiengangreviews und der Studentische Akkreditierungspool“ (Willi Kröning)

Antragstext

Liebe MdStuRa,

die Uni Jena ist systemakkreditiert. Das heißt, dass alle paar Jahre das Qualitätssicherungssystem der Hochschule in den Punkten Studium und Lehre überprüft wird. Bei uns ist das Die „Stabsstelle Qualitätsentwicklung in der Lehre“. Das gibt der Uni mehr Freiheit, um intern sogenannte „Studiengangreviews“ zu planen und durchzuführen, was weniger streng ist als extern durchgeführte Programmakkreditierungen - diese würden jeden Studiengang einzeln durchleuchten um (plump gesagt) zu schauen, „ob drinsteckt, was draufsteht“. Mehr zu den Reviews findet ihr hier: <https://www.uni-jena.de/73579/studiengangreview-an-der-uni-jena>

Die externen Reviewgruppen bestehen aus Profs anderer Unis, Vertreter:innen aus der Industrie/Wirtschaft und Studis anderer Unis. Hierbei hat die Uni relativ viel Spielraum. Mit den genauen Vorgaben aus der ThürStAkkrVO und der Uni-eigenen Evaluationsordnung habe ich mich nicht beschäftigt, Ashe auf mein Haupt.

Aber da kommen wir zu dem Punkt, zu dem ich möchte: Es gibt den deutschlandweiten Studentischen Akkreditierungspool <https://www.studentischer-pool.de/>. Dieser bietet Seminare an, um dahingehen geschult zu werden, Akkreditierungen als studentische:r Gutachter:in mit durchführen zu können. Man lernt dort, worauf man achten muss, wann ein Studiengang also generell als „studierbar“ bezeichnet werden kann. Geschulte Studis werden dann meist über die jeweilige BuFaTa in den Pool entsendet. Werden Studis aus dem Pool genommen, kostet das die Uni etwas Geld (ein paar hundert Euro glaube ich, aber nagelt mich nicht auf irgendeine konkrete Zahl fest).

Für die Studiengangreviews müssen keine Studis aus dem Pool genommen werden. Aus Sicht der Studis ist es aber sinnvoll, von geschulten Studis befragt zu werden und einen qualifizierteren Beitrag im finalen Bericht zu bekommen, der Studi-Interessen sehr gut vertritt. Uni und Profs mag man jetzt unterstellen können, dass es aus deren Sicht natürlich schöner ist, weniger kompetente (oder eher ungeschulte) Studis in den Reviewgruppen zu haben, um potenzielle Probleme zu verschleiern und nicht behandeln zu müssen.

Wir in der PAF waren auch so zufrieden mit unseren externen Studis, auch wenn sie nicht aus dem Pool kamen. Wir glauben, dass sie unsere Interessen in dem Bericht ausreichend vertreten haben. Dieser liegt allerdings noch nicht vor, aber das ist ein anderes Problem. In den Geowissenschaften gab es in der Vorbereitung von deren noch anstehendem Studiengangreview allerdings scheinbar die Problematik, dass der Wunsch der Studis, studentische Gutachter:innen aus dem Pool zu nehmen, mehr oder weniger absichtlich übergangen wurde. Dahingehend ist mir auch das Gerücht zu Ohren gekommen, dass es eine Art „Anweisung“ von Seiten der Stabsstelle Qualitätsentwicklung gegeben haben soll, explizit keine Studis aus dem Pool zu nehmen. Dieses Gerücht würde ich gerne überprüfen.

Ich möchte mit euch also eine Stellungnahme verfassen, die in die Richtung „für den Studentischen Akkreditierungspool - für einen größeren Fokus auf studentische Interessen in den Studiengangre-

views“ gehen soll. Die Adressaten können wir ebenfalls auf der Sitzung bestimmen.

GaLieGrü

Willi

Diskussion

- **Willi** stellt den Antrag vor.
- **Niklas** möchte, dass nicht von beliebiger sondern beliebiger gängiger Suchmaschine gesprochen wird.

Änderungsantrag von **Niklas Menge**: ändere in der Stellungnahme „beliebige Suchmaschine“ zu „beliebige gängige Suchmaschine“

übernommen von den Antragstellenden

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena beschließt die vorliegende Stellungnahme.

Abstimmung: 9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

angenommen

Stellungnahme:

Sehr geehrte Frau Weichold, sehr geehrte Frau Wöhl, sehr geehrte Frau Lenke, sehr geehrte Frau Wolf, sehr geehrte Frau Bärwinkel,

wir wollen hiermit mögliche Missstände in der studentischen Beteiligung der inneruniversitären Studiengangreviews ansprechen, da wir die Perspektive der Studierenden als primär betroffene Statusgruppe bei der Akkreditierung von Studiengängen für die wichtigste halten. Einige studentische Vertreter:innen des StuRa hat die (unbelegte) Information erreicht, es gäbe eine Anweisung der Stabsstelle an die Fakultäten und Institute, für die Studiengangreviews explizit keine Gutachter:innen aus dem Studentischen Akkreditierungspool (im Folgenden nur „Pool“ genannt) anzufragen, außer wenn es keine Alternativen gibt.

Der Wahrheitsgehalt dieser Information wird durch das Vorgehen des Instituts für Geowissenschaften bei der Suche nach studentischen Gutachter:innen für deren anstehende Studiengangreview bekräftigt. Dort wurde der explizite Vorschlag seitens des Fachschaftsrates, den Pool anzufragen, von den Professoren nicht angenommen. Anstatt von Gründen gab es Schuldzuweisungen zwischen den Professoren sowie Ausreden gegenüber dem Fachschaftsrat, welcher ja eine Kontakt-E-Mail-Adresse hätte schicken können. Eine einfache Suchanfrage auf einer beliebigen gängigen Suchmaschine liefert sehr schnell die Webseite des Pools, auf welcher auch dessen Kontaktdaten stehen. Entweder könnte man den Professoren nun also Inkompetenz in Kommunikation oder Umgang mit dem Internet vorwerfen, oder man vermutet die Verschleierung einer generellen Ablehnung des Studentischen Akkreditierungspools.

Die auf Nachfragen einzelner Studierender gelieferten Begründungen erachten wir als unzureichend. Wir sehen keine „Einengung“ der Suche nach fachlich geeigneten Studierenden, nur weil der Pool auch angefragt werden soll; unser Wunsch ist eine bevorzugte Auswahl der bereits geschulten

Studierenden aus dem Pool, insofern verfügbar. Die Kostenpflichtigkeit des Pools stellt aus unserer Sicht kein Problem dar, wenn dadurch wirklich nur die Aufwandsentschädigung der studentischen Gutachter:innen verringert wird. Wir halten eine Anfrage des Pools auch aus Konsistenzgründen für richtig.

Die Fachschaftsräte unterliegen einer hohen Fluktuation ihrer Mitglieder, welche stellenweise sehr gute oder gar keine Kontakte zu Studierenden anderer Universitäten haben, wodurch ein Anfragen fachlich geeigneter Studierender für die Studiengangreviews erschwert wird. Die Einbeziehung der Fachschaftsräte in den Auswahlprozess an sich halten wir dennoch weiterhin für richtig und unabdingbar.

Abschließend möchten wir die allgemeine fachunabhängige Expertise der Studierenden aus dem Pool anmerken. Die Stabsstelle mag zwar die Gutachter:innen in gewisser Weise auf das Verfahren vorbereiten, aber die Seminare aus dem Pool weisen eine breitere Akkreditierfähigkeit der Studierenden aus, wodurch eine breitere studentische Betrachtung gewährleistet werden kann. Außerdem werden die Studierenden durch die Seminare des Pools potentiell selbstsicherer in ihrer Arbeit als Gutachter:innen, was bei der Zusammenarbeit mit den Professor:innen und Vertreter:innen aus der Wirtschaft in der Reviewgruppe helfen kann.

Mit freundlichen Grüßen,
Studierendenrat der FSU Jena

ALT TOP 07 | NEU TOP 10 | 1. Lesung: Geschäftsordnungsänderung „Referatszusammenlegung“ (Referat für Inneres, Referat für Gleichstellung, Referat für Menschenrechte und Antidiskriminierung)

Antragstext

Liebe alle,

auf uns (Innenreferat) sind die ReferentInnen der beiden Referate Gleichstellung sowie Menschenrechte und Antidiskriminierung zu gekommen, weil sie die Zusammenlegung ihrer Referate beantragen möchten. Grund für die Zusammenlegung sind die starken Überschneidungen in den Themengebieten. Beide Referate befassen sich mit Antidiskriminierung und der Unterstützung von Studierenden im Universitätsalltag. Deshalb ist sowohl für die Referent*innen als auch für die Studierenden nicht eindeutig, wo die inhaltlichen Unterschiede liegen. Des Weiteren sind beide Referate schon seit längerem unterbesetzt und dadurch weniger aktiv als wünschenswert wäre. Auch hierbei könnte eine Zusammenlegung helfen.

Diskussion

- **Klara** stellt den Antrag vor.
- Es gibt keine Anmerkungen oder Rückfragen.

GO-Antrag von Willi Kröning: Beendigung der 1. Lesung

keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

Beschlusstext

Der Studierendenrat der Friedrich-Schiller-Universität beschließt das Referat für Gleichstellung und das Referat für Menschenrechte und Antidiskriminierung unter dem Namen „Diversitätsreferat“ zusammenzulegen.

Der StuRa der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschließt die folgende Änderungsordnung der Geschäftsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

ALT TOP – | NEU TOP 11 | Diskussion & Beschluss: Pharmazie in Jena (Vorstand)

Diskussion

- **Marcus** stellt den Antrag vor.
- **Willi** erklärt im Senat wurde vor Monaten gesagt, dass das Bachstraßenareal mittlerweile ausgeschlossen ist.
- **Niklas** sagt, dass der Vorstand dem FSR genehmigen könnte, dass sie sich da anschließen und bei ihnen nachfragen, was ihre Meinung dazu ist.
- **Der Vorstand** bestätigt, dass sie dies tun werden.

GO-Antrag von Klara Wilde: Nichtbefassung

keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

ALT TOP 10 | NEU TOP 12 | Sonstiges

- **Niklas** erklärt, dass sie im FSR Info Schrank während des Umzugs der FMI ein Buch von der Geschichte des StuRa von 1989 bis 2005 sich entwickelt haben.
- Es wird über die Vereinbarung zum Haus auf der Mauer diskutiert.
- Die nächste Sitzung findet am 16.09.2025 statt.

GO-Antrag von Marcus Hansen: Rückkehr zu Neu TOP 08.

keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen

ALT TOP 05 | NEU TOP 08 | Diskussion & Beschluss: Stellungnahme „Rahmen-PO und Gremiensemester“ (Willi Kröning)

Der TOP wird weiter behandelt.

Änderungsantrag von Levke Jansen: Ändere die Stellungnahme zu der überarbeiteten Version im Anhang.

übernommen von den Antragstellenden

Diskussion

- Es wird über die geänderten Passagen gesprochen und es werden gemeinschaftlich redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Beschlusstext: Der StuRa der FSU Jena beschließt die vorliegende Stellungnahme.

Abstimmung: 8 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

angenommen

Stellungnahme:

Sehr geehrte Frau Weichold, sehr geehrte Mitglieder des Studiausschusses, wie Sie bereits wissen, haben wir als Studierendenschaft einige Bedenken in Bezug auf die Einführung der Rahmen-Prüfungsordnung. Wir haben bereits persönlich, sowie auch per Mail, mehrere Nachfragen diesbezüglich gestellt, jedoch haben wir ihrerseits kein Interesse wahrnehmen können unsere Bedenken ernstzunehmen. Die dürftigen Antworten waren bisher wenig aufschlussreich und konnten unsere Bedenken in keinsten Weise ausräumen. Wie uns zugetragen wurde, soll in §17 Absatz 1 der RahmenPO faktisch eine Maximalstudiendauer eingeführt werden, die nach Ablauf des 4. Fachsemesters nach Regelstudienzeit endet. Diese starre Maximalstudiendauer und die neuen Regelungen in der Rahmenprüfungsordnung führen zu erheblichen Problemen für Studierende, welche wir im Folgenden darlegen.

Studierende mit chronischer Erkrankung und/oder Behinderung, mit Care-Arbeit von Angehörigen, in finanziell prekärer Situation, in Arbeit und/oder Ehrenamt, sowie mit Aufholbedarf an Sprachkenntnissen werden durch die Maximalstudiendauer massiv benachteiligt. Zumal ist es bei einigen Studiengängen (z. B. Psychologie) nicht einmal erlaubt, in Teilzeit zu studieren. Die Betroffenen haben oft keine Alternative, als über die Regelstudienzeit hinaus zu studieren. Der Vorschlag zur Maximalstudiendauer wirft ein schlechtes Licht auf die ohnehin schon wenigen Bemühungen um Inklusion, Integration, Nachteilsausgleiche und Chancengleichheit an der Universität Jena und benachteiligt vorsätzlich Minderheiten, die sowieso schon strukturell diskriminiert werden.

Klinikaufenthalte, regelmäßige Behandlungen oder das seltene Angebot von Prüfungen und Lehrveranstaltungen an der Universität führen zusätzlich zu einer unverschuldeten Verlängerung des Studiums. Wenn beispielsweise Klausuren oder Veranstaltungen nur einmal pro Jahr angeboten werden, müssen Betroffene ihr Studium direkt um zwei statt ein Semester verlängern. Dazu kommt, dass viele selbst noch familiäre Verantwortung übernehmen oder beispielsweise erkrankte Eltern

finanziell unterstützen müssen, was eine Dreifachbelastung aus Studium, Krankheit und Erwerbstätigkeit bedeutet. Solche Regelungen führen dazu, dass chronisch kranke Studierende ihr Studium abbrechen müssen oder zukünftige Generationen es sich nicht zutrauen, ein Studium überhaupt zu beginnen, zumal sich die Universität sowieso schon zu wenig um echte Chancengleichheit und den Abbau von struktureller Benachteiligung kümmert. Diese Probleme sind weit mehr als ein „oberflächliches Diversitätsproblem“. Sie haben konkrete Auswirkungen auf ganze Berufsfelder: Wenn Studierende aufgrund chronischer Erkrankungen, Care-Verpflichtungen oder finanzieller Zwänge ihr Studium abbrechen müssen oder sich gar nicht erst trauen, eines zu beginnen, fehlen später ihre Perspektiven, beispielsweise in der Medizin oder Psychologie. Damit gehen wichtige Stimmen verloren, die aus eigener Betroffenheit wertvolle Erfahrungen in die Gesellschaft (z. B. in der Gesundheitsversorgung) einbringen könnten. Dies betrifft nicht nur die Gesundheitsberufe, sondern ebenso das Lehramt, die Sozial- und Kulturwissenschaften sowie die Naturwissenschaften. Denn gerade in einer Zeit, in der Vielfalt und unterschiedliche Lebenserfahrungen für die Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme unverzichtbar sind, ist es fatal, Studierende durch starre Regularien systematisch auszuschließen.

Auch internationale Studierende sind von einer starren Maximalstudiendauer in besonderem Maße betroffen. Neben sprachlichen Herausforderungen und der oft schwierigen Orientierung in einem neuen Hochschulsystem kommt hinzu, dass sie aufgrund von Aufenthaltsrecht und Arbeitsbeschränkungen in ihrer zeitlichen und finanziellen Flexibilität bereits jetzt stark eingeschränkt sind. Eine Verlängerung des Studiums ist für Viele daher rechtlich sowieso schon kaum möglich, sodass die Einführung einer Maximalstudiendauer eine zusätzliche Hürde für internationale Studierende darstellen würde, anstatt diese von ihrem Druck zu entlasten. Statt die Internationalisierung der Universität zu fördern, würde diese Regelung potenziell zu einem Rückgang der Attraktivität der Universität Jena für Studierende aus dem Ausland führen.

Uns ist bewusst, dass es die Möglichkeit geben wird, die Maximalstudiendauer auf begründeten Antrag in Einzelfällen zu verlängern. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass dies bei der Vielzahl an Fakultäten und Prüfungsämtern ebenfalls zu Verwirrung und Willkür in der Genehmigung dieser Einzelfälle kommen kann und empfehlen daher, von der Einführung einer Maximalstudiendauer ganzheitlich abzusehen. In Hinblick auf die bisher genannten Gründe stellt dies außerdem eine weitere Hürde sowie eine zusätzliche Belastung dar. Ein solches Vorgehen wird die Attraktivität des Studienstandorts Jena nachhaltig schwächen. Denn hohe Abschlussquoten nahe der Regelstudienzeit bedeuten nicht zwingend, dass ein Studium an der Universität Jena mit den aktuellen Gegebenheiten leicht machbar ist, sondern dass Studierende durch die bereits bestehenden Regelungen und Probleme (z. B. Förderhöchstdauer bei BAföG Stipendien, Höchstwohndauer bei Wohnheimen, Beendigung finanzieller Zuschüsse durch Fristsetzung der Eltern, gesellschaftlicher Druck) gezwungen sind, in Regelstudienzeit ihren Abschluss zu erlangen. Es ist daher wahrscheinlich, dass Menschen, die potentiell länger brauchen könnten, durch die strukturellen Benachteiligungen im Vergleich zu anderen Standorten bereits jetzt so abgeschreckt sind, dass sie ein Studium an der Universität Jena nicht in Betracht ziehen bzw. dieses durch die bestehenden Zustände nicht abschließen können. Dies wird bereits jetzt einer der vielen Faktoren der rückläufigen Studierendenzahlen in Jena sein. Die Prüfungsämter werden mit der Vielzahl der Einzelfälle und Verlängerungen der Maximalstudiendauer noch mehr überlastet werden. Stattdessen bräuchte es eine pauschale, unbü-

rokratische Regelung, die sowohl Studierende als auch Verwaltung entlastet. Wir fordern daher den Abbau von bürokratischen Hürden, um die mentale Belastung der Studierenden, mit der ein stressiges Studieren in Regelstudienzeit oder eine Verlängerung dieser (aufgrund teils sehr persönlicher Gründe, die vorgelegt und begründet werden müssen) ausnahmslos verbunden ist, zu senken. Dadurch soll außerdem die Antragslast bei den Prüfungsämtern und dem SSZ so gering wie möglich gehalten und dadurch ebenfalls die finanziellen Kosten der Universität durch unnötige zusätzliche Arbeitsstunden gesenkt werden.

Zwar wird von Seiten der Universität wie Präsident Marx mehr Konsistenz in universitären und studentischen Gremien gefordert, doch gleichzeitig lassen sich Gremiensemester nicht vollständig anrechnen. Dadurch werden gerade diejenigen, die sich engagieren, durch die Regelungen aus den Gremien gedrängt – übrig bleiben vor allem Personen, die es sich finanziell leisten können, sich unabhängig von BAföG oder Erwerbstätigkeit in machtvollen Positionen zu halten. Dies ist jetzt schon ein Problem aufgrund der Förderhöchstdauer beim BAföG und wird sich durch die neue RahmenPO nur verschärfen.

Die Einführung einer Maximalstudiendauer, ebenso wie die bisherige Regelung zu Langzeitstudiengebühren, befeuert zudem ein rechtspopulistisches und neoliberales Narrativ, wonach Langzeitstudierende „Sozialschmarotzer“ seien. Insbesondere in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und im Vorfeld von Wahlen (nachweisbar etwa in den Jahren 1975, 1993 und 2001) wurden von einzelnen Politikern und Parteien gezielt Debatten über angeblichen „Sozialmissbrauch“ durch vermeintlich arbeits- oder studienunwillige Menschen angestoßen. In diesem Kontext entstanden Schlagworte wie „Faulenzer“, „Sozialschmarotzer“ oder auch im Hochschulbereich der abwertende Begriff des „ewigen Studenten“. Diese Sichtweise entspricht in keiner Weise der Lebensrealität von Langzeitstudierenden, die sich größtenteils in prekären Lebensverhältnissen befinden, nebenbei arbeiten und oft zusätzlich weitere Belastungen tragen müssen.

Dieses populistische Narrativ in der RahmenPO zu bedienen, ist für eine wissenschaftliche Institution wie die Universität beschämend, denn solche Regelungen tragen dazu bei, ein Bild von Langzeitstudierenden als bewusst unproduktive und ausbeuterische Mitglieder der Gesellschaft zu zeichnen und blenden strukturelle Ursachen – wie finanzielle Notlagen, chronische Erkrankungen, Care-Verpflichtungen oder fehlende Teilzeit- und Unterstützungsangebote von Seiten der Universität – vollständig aus. In diesem Zusammenhang stellt sich außerdem die grundsätzliche Frage, ob jemand, der durch gestiegene Arbeitsproduktivität oder bessere Rahmenbedingungen sein Studium schneller absolvieren kann, tatsächlich „fleißiger“ ist als Studierende, denen solche Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen und die deshalb länger für den Studienabschluss benötigen. Eine solche Gegenüberstellung verkennt, dass unterschiedliche Startvoraussetzungen und strukturelle Hürden – und nicht die persönliche Leistungsbereitschaft – maßgeblich darüber entscheiden, wie lange ein Studium dauert. Eine starre Maximalstudiendauer stünde auch im klaren Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit und zum Bildungsauftrag der Universität. Hochschulen sollen Orte sein, an denen Studierende Zeit und Raum haben, ihre Interessen zu entwickeln, kritisch zu denken und sich auch jenseits starrer Curricula zu entfalten. Eine Reglementierung, die Studierende zum schnellen „Durchschleusen“ zwingt, degradiert das Studium zu einer bloßen Ausbildung nach Effizienzgesichtspunkten und schwächt die universitäre Bildungskultur. Die Universität verliert damit ihren Anspruch, ein Ort der freien, individuellen und wissenschaftlich fundierten Persönlichkeits-

entwicklung zu sein. Zuletzt ist die Einführung einer Maximalstudiendauer auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels widersprüchlich. Statt mehr Menschen den erfolgreichen Abschluss eines Studiums zu ermöglichen, setzt die Universität mit dieser Regelung Anreize zum Studienabbruch. In Anbetracht des dringenden Bedarfs an gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Technik, ist es gesellschaftlich wie ökonomisch kontraproduktiv, Studierende unter zusätzlichen Druck zu setzen, anstatt ihre Studienchancen zu verbessern.

Wir möchten der Universität empfehlen, keine Maximalstudiendauer einzuführen, da wir keinerlei erkennbaren Mehrwert für die Universität, geschweige denn für die Studierenden, erkennen können. Sollten sie uns eine sinnvolle Begründung für die Einführung der Maximalstudiendauer vorlegen können, möchten wir als Studierendenschaft dennoch einfordern, dass uns vollständige Einsicht in den bisherigen Erarbeitungsstand der RahmenPO gewährt wird und wir unsere Verbesserungsvorschläge sinnvoll einbringen können, um etwaige strukturelle Diskriminierung durch die Universität zukünftig zu verhindern. Nicht zuletzt bleibt uns weiterhin unklar, was genau als „Zusatzsemester“ oder Einzelfallregelung angerechnet werden würde – etwa Gremiensemester, Fachwechsel im ersten Jahr oder Erkrankungen. Zwar wird von „zahlreichen Ausnahmen“ gesprochen, doch gerade das stellt zusätzlich die Sinnhaftigkeit der Regelung insgesamt infrage, weswegen wir noch einmal betonen wollen, dass wir der Universität dringlichst davon abraten, die Rahmenprüfungsordnung in dieser Form zu beschließen.

Mit freundlichen Grüßen,
der Studierendenrat der FSU Jena.

Wir wünschen allen, die bis hierhin gelesen haben, drei schöne Wochen voller Erholung.

Jena, 29. August 2025

Klara Wilde
Sitzungsleitung

Marcus Hansen
Protokoll

Begriffserklärung

- StuRa: Studierendenrat
- FSU: Friedrich-Schiller-Universität (Jena)
- EAH: Ernst-Abbe-Hochschule (Jena)
- MdStuRa: Mitglied(er) des Studierendenrats
- bMdStuRa: beratende(s) Mitglied(er) des Studierendenrats
- TOP: Tagesordnungspunkt
- ÄA: Änderungsantrag (siehe § 12 Abs. 5 GO)
- GO-Antrag: Geschäftsordnungsantrag (siehe § 11 GO)
- stellv.: stellvertretende*r
- komm.: kommissarische*r
- StuBei: Studierendenbeirat (der Stadt Jena)
- STW: Studierendenwerk
- FSR: Fachschaftsrat
- GO: Geschäftsordnung der verfassten Studierendenschaft der FSU Jena
- FinO: Finanzordnung der verfassten Studierendenschaft der FSU Jena
- CZS: Carl-Zeiss-Straße
- UHG: Unihauptgebäude
- EAP: Ernst-Abbe-Platz